

Protokoll

3. öffentliche Sitzung des Ausschusses Atomanlagen

vom 15.11.2022, Ostbahnhof Dannenberg, Am Ostbahnhof 1, 29451 Dannenberg (E.)

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- .
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 2. Ausschusssitzung vom 30.06.2022
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Zwischenlagerung
- 3.1. Stand der Baumaßnahmen zur Härtung des Zwischenlagers Gorleben
- 3.2. "Verlängerte Zwischenlagerung" und Forschungsprogramm der BGZ
- 3.2.1. Wie gedenkt die BGZ mit der vorgebrachten Kritik umzugehen?
- 3.2.2. Verweisung auf die Veröffentlichung der Bürgerinitiativen "kein Atommüll in Ahaus e.V." und Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
4. Endlagersuche
- 4.1. "Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit" - wo steht die Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche?
- 4.2. Aktuelles Gutachten der Institute für Geologie und für Geotechnik der Leibniz Universität Hannover (LUH) zur Eignung von Tonen und Tonsteinen im Rahmen des Standortauswahlverfahrens zur Endlagerung radioaktiver Abfälle im Auftrag des Niedersächsische
- 4.3. Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland (TRANSENS), Bericht von Frau von Oppen
5. Pilot-Konditionierungsanlage PKA Gorleben endlich rückbauen! Ankündigung des rot-grünen Koalitionsvertrages in Niedersachsen
6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Nicht öffentlicher Teil

7. Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung
8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Donat, Martin - Vorsitzender
KTA Gallei, Matthias - stellvertr. Vorsitzender
KTA Dorendorf, Uwe
KTA Haase-Mühlner, Alexander
KTA Hennings, Matthias
KTA Schwidder, Norbert
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Hensel, Thorsten
Beratendes Mitglied FA Atomanlagen Maury, Hans-Udo
Beratendes Mitglied FA Atomanlagen von Oppen, Asta
Drazewski, Dirk - Pressestelle Büro der Landrätin
Gotthardt, Frithjof - Fachdienst Ordnung
Hamann, Patrizia - Fachdienst Ordnung
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
Landrätin Schulz, Dagmar

anwesend ab 15:10 Uhr
anwesend von 15:09 Uhr - 16:05 Uhr

Gäste

Ehmke, Wolfgang (BI)
Zielinski, Tristan, Dr. (BGZ)

Es fehlen:

KTA Flöter, Anja
KTA Staudte, Miriam
KTA Walter, Guido
KTA Wiegrefe, Wolfgang

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr**Ende:** 17:15 Uhr
nichtöffentlicher Teil: - UhrÖffentlicher Teil**. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Vorsitzender KTA Donat begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 2. Ausschusssitzung vom 30.06.2022

Das Protokoll der 2. Ausschusssitzung vom 30.06.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

keine Fragen.

3. Zwischenlagerung

Herr Maury schlägt dem Ausschuss vor, dass alle Anwesenden das Rederecht bekommen.

Vorsitzender KTA Donat fragt das Einverständnis der Ausschussmitglieder ab.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Vorsitzender KTA Donat begrüßt Herrn Zielinski als Vertreter der BGZ. Er richtet sich mit mehreren Fragen an die BGZ. Zunächst erkundigt er sich darüber, ob es aktuell Ein- bzw. Auslagerungen im Zwischenlager gäbe. Weiterhin erkundigt er sich wie die BGZ mit der Kritik zu der verlängerten Zwischenlagerung umzugehen gedenkt.

Herr Maury ergänzt eine Frage an die BGZ. Er fragt, was in die Halle des schwachradioaktiven Stoffes eingelagert wird und wie weit dort die Maßnahmen fortgeschritten sind. Darüber solle immer, wenn die BGZ zu Gast im Ausschuss ist, gesprochen werden.

Herr Zielinski erwidert, dass er zu Detailfragen bspw. zum Forschungsprogramm, keine Antworten geben könne. Er sagt, dass die BGZ für Workshops oder Gespräche über Detailfragen zur Verfügung stehe. Sollte das Interesse bestehen, sei ein Termin mit entsprechendem Vorlauf abzustimmen. Jede Sicherheitskultur lebe von seinen Kritikern. Deswegen wolle die BGZ den Austausch forcieren. Herr Zielinski gibt an, dass es dieses Jahr keine Abtransporte gab. Jedoch habe es dieses Jahr insgesamt zwei Kampagnen gegeben. Es gäbe eine Einlagerungskampagne die seit dem 20. September laufe und heute abgeschlossen werde. Diese betreffe 49 schwach- und mittelradioaktive Gebinde, welche aus dem Kernkraftwerk Grohnde stammen. Anfang des Jahres habe es eine weitere Kampagne gegeben, welche am 01. Februar startete. Dabei wurden 41 Mosaikbehälter aus dem Kernkraftwerk Brokdorf sowie drei Container aus dem Kernkraftwerk Krümmel transportiert. Abgeschlossen wurde dies am 17. März.

Vorsitzender KTA Donat fragt, welche aktuellen Maßnahmen es bei der Einlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen gäbe.

Herr Zielinski antwortet, dass das Projekt zur Klimatisierung planmäßig umgesetzt werde. Gleichzeitig seien daran auch weitere Maßnahmen geknüpft, wie beispielsweise die Sanierung einer Lagergasse, Austausch von Türen und Toren und die Anlagensicherung.

Herr Ehmke fragt, wie die Auslastung des Zwischenlagers derzeit aussehe.

Herr Zielinski berichtet, dass die flächenmäßige Auslastung des AZG bei ungefähr zwei Drittel liege und 1 % der genehmigten Gesamtaktivität ausgeschöpft werde.

3.1. Stand der Baumaßnahmen zur Härtung des Zwischenlagers Gorleben

Herr Zielinski weist drauf hin, dass die vorliegende Tischvorlage zum Stand der Baumaßnahmen nicht von ihm, sondern vom Landkreis in den Ausschuss gegeben wurde. Er könne zu dem Papier nichts Detaillierteres sagen.

Vorsitzender KTA Donat fragt, wie die Nachrüstung vorangeschritten ist.

Herr Zielinski teilt mit, dass im März der noch ausstehende Bescheid erteilt wurde und Ende Mai das europaweite Vergabeverfahren gestartet worden sei. Für die Sicherungszentrale und die Schutzwand sei ein europaweiter Teilnahmewettbewerb durchgeführt worden. Derzeit erfolge die Prüfung der Teilnehmeranträge. Im Anschluss werden diese aufgefordert, konkrete Angebote abzugeben. Die Baumaßnahmen sollen im Jahr 2023 beginnen. Aktuell könne beobachtet werden, dass schon Vorbereitungen für die eigentlichen Baumaßnahmen stattfinden. Da bis auf eine Baugenehmigung alle Genehmigungen vorgelegen haben und es zu Verzögerungen kam, seien einige Genehmigungen zu verlängern gewesen.

LR`in Frau Schulz fragt, ob es aufgrund der aktuellen Entwicklungen und Bedrohungen der kritischen Infrastruktur ergänzende Überlegungen und Pläne für weitere Sicherheitsmaßnahmen gibt.

Herr Zielinski antwortet, dass dies die Anlagensicherung betreffe. Diese werde konstant durch die Innenbehörden des Bundes und der Länder laufend neu bewertet, was mögliche Bedrohungsszenarien angehe. Grundsätzlich gehe es um den Schutz vor sonstigen Einwirkungen Dritter, beispielsweise terroristisch motivierte Taten. Die Gewährleistung dieses Schutzes sei eine Genehmigungsvoraussetzung für jedes Zwischenlager. Aufbauend auf diese laufende Neubewertung werden Maßnahmen entwickelt, die der Betreiber umzusetzen habe.

Herr Ehmke fragt, ob Herr Zielinski oder andere Vertreter an einer Tagung im Herbst in Hamburg zum Thema SEWD teilgenommen haben. Diese Tagung unterlege einer strengen Geheimhaltung, was er sehr gut verstehe. Dennoch würde er sich wünschen, dass sich bestimmte Personen diese Maßnahmen anschauen können.

Herr Zielinski könne dazu nichts sagen. Er melde sich hierzu im Nachgang bei Herrn Ehmke. Des Weiteren führt er aus, dass das Thema „Krieg“ eine Sondersituation sei. Die Anlagensicherung, die der Betreiber umzusetzen habe, würde auch im Kriegsfall bis zu einem gewissen Grad wirken. Aber es gäbe keinen hundertprozentigen Schutz gegen einen konzentrierten Angriff mit Kriegswaffen durch die Armee eines angreifenden Staates. Im Kriegsfall ändere sich zum Teil die Aufgabenteilung. Es würden viele Maßnahmen in die Verantwortung des Staates übergehen.

Vorsitzender KTA Donat unterstützt die Aussage von Herrn Ehmke, dass es richtig sei, die konkret geplanten Maßnahmen nicht öffentlich zu debattieren. Dennoch sei es wichtig zu wissen, dass etwas unternommen werde.

Herr Zielinski erwidert, dass die Lastannahmen für Kerntechnische Einrichtungen und Anlagen durch die Innenbehörden des Bundes mindestens alle drei Jahre aktualisiert würden, in der Regel jedoch deutlich häufiger. Darunter subsummiere er Waffensysteme und Täterverhalten. Unabhängig davon seien die Maßnahmen in Gorleben zu sehen. Es gehe bei dem Bau der Schutzwand nicht darum, dass diese gegen Flugzeugabstürze gerichtet ist, sondern gegen typisch veränderte Bedrohungslagen im Nahbereich. Die Anlagensicherung umfasse jedoch weit mehr.

Kenntnis genommen

3.2. "Verlängerte Zwischenlagerung" und Forschungsprogramm der BGZ

Vorsitzender KTA Donat geht darauf ein, dass ein Onlineforum „Zwischenlagerung“ als regelmäßiges Format durchgeführt werde. Dies sei auch im Nachhinein online abrufbar unter <https://forum-zwischenlagerung.bgz.de/>.

Herr Zielinski könne noch keinen Termin oder ein Thema für die nächste Onlineveranstaltung nennen. Ferner führt er aus, dass die letzte Veranstaltung am 12.09.2022 stattgefunden und sich mit der Forschung befasst habe. Dieses regelmäßige Format wolle die BGZ fortsetzen.

Frau von Oppen berichtet, dass bei der Veranstaltung versucht wurde, die Arbeit und die Forschung darzustellen. Diese Veranstaltung habe ein sehr niedriges Niveau gehabt. Sie hätte sich darunter etwas anderes vorgestellt. Unter anderem, dass der zeitliche Rahmen ein bis eineinhalb Tage umfasse und damit inhaltlich tiefer gegangen werden könne.

KTA Schwidder führt an, dass er davon ausgegangen sei, dass getestet werde, wie sich die Behälter verhalten, wenn sie längere Zeit starker Hitze oder Strahlung ausgesetzt sind.

Herr Maury schlägt vor, diese Forderung jetzt zu stellen, mit dem Wissen, dass die Zwischenlagerung länger als geplant laufen werde. Zusätzlich sollte die Forderung an das nationale Begleitgremium, durch die Samtgemeinde und den Landkreis, erneuert werden.

Vorsitzender KTA Donat schlägt vor, einen Ausschuss so zu terminieren, dass die Expertise der BGZ sowie Gegenexpertisen eingeholt werden können.

Die Anwesenden signalisieren durch Kopfnicken ihre Zustimmung.

Vorsitzender KTA Donat wird in Absprache mit der BGZ solch einen Ausschuss vorbereiten.

Kenntnis genommen

3.2.1. Wie gedenkt die BGZ mit der vorgebrachten Kritik umzugehen?

Bereits unter TOP 3 abgehandelt.

3.2.2. Verweisung auf die Veröffentlichung der Bürgerinitiativen "kein Atommüll in Ahaus e.V." und Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Vorsitzender KTA Donat verweist auf die Anlagen zu diesem TOP.

Herr Ehmke fasst zusammen, dass dieses Schreiben Anregungen und Kritik an die BGZ enthält, mit der Bitte um Stellungnahme. Wie wichtig dies sei, zeige die Mitteilung der BGE, dass davon auszugehen sei, dass die Benennung eines Endlagerstandortes nicht wie geplant 2031 erfolge, sondern 15 oder schlimmstenfalls 30 Jahre später. Dies bedeute somit eine Verlängerung der Zwischenlagerung. Es müsse von 100 Jahren Zwischenlagerung ausgegangen werden. Die Kritik sei kurzgefasst die, dass sich die BGZ zu wenig um die Sicherung der Anlage kümmerge und dies nicht richtig erforschen wolle. Es müssen gezielt Castorbehälter geöffnet und erforscht werden. Er habe gehört, dass die BGZ vorhabe, in Studsvik Castorbehälter zu öffnen. Er fragt, ob mindestens 30 Jahre alte Castorbehälter genommen werden würden, die einen hohen Abbrand haben.

Herr Zielinski sagt zu, dass zeitnah auf das Schreiben geantwortet werde. Ferner antwortet er, dass in Studsvik ein Projekt geleitet werde, bei dem Abschnitte von bestrahlten Brennelementen/Brennstäben untersucht würden. Dies sei repräsentativ, für das Material welches in den Zwischenlagern der BGZ stehe. Diese Untersuchungen würden in heißen Zellen stattfinden. Behälter würden nicht geöffnet werden. Gleichzeitig gäbe es in Karlsruhe ein Projekt, bei dem Wasserstoffumlagerungen untersucht würden. Es werde nicht an 30 Jahre alten Castorbehältern geforscht. Es würden beispielsweise Brennelemente aus Obrigheim untersucht, welche dort im Druckwasserreaktor eingesetzt wurden. Die Forschung beziehe sich auch auf das Verhalten des Inventars, der Brennelemente und der übrigen Materialien. Die Sicherheit der verlängerten Zwischenlagerung über 40 Jahre müsse schließlich nachgewiesen werden. Diese Projekte seien im letzten Ausschuss schon einmal vorgestellt worden.

Vorsitzender KTA Donat fasst zusammen, dass eine tiefere, wissenschaftliche Debatte über das Forschungsprogramm der BGZ gebraucht werde. Dies könne beispielsweise in einer Ausschusssitzung stattfinden.

Frau von Oppen gibt zu bedenken, dass dies alle Zwischenlagerstandorte interessiere und solch eine Veranstaltung auf Bundesebene stattfinden könne.

Herr Auer fragt, wo eine Behälteröffnung möglich wäre.

Herr Ehmke antwortet, dass dies in Frankreich und in Studsvik (Schweden) möglich sei.

Herr Zielinski teilt mit, dass in den Vereinigten Staaten im Jahr 2027 ein Behälter geöffnet werden soll, der

mit Druckwasserbrennelementen beladen sei.

Herr Donat fragt in welchem Format dies weitergeführt werden kann. Es könnte als überregionales Format oder weiterhin in diesem Ausschuss behandelt werden.

Frau von Oppen schlägt eine hybride Ausschusssitzung vor, an der die Standortgemeinden teilnehmen können. Sie schlägt auch vor, dass die BGZ die nächste Veranstaltung zum Forum „Zwischenlagerung“ als eine hybride Veranstaltung in Gorleben machen könnte.

LR Frau Schulz spricht sich für eine Präsenzveranstaltung mit Onlineübertragung aus.

Vorsitzender KTA Donat werde diese Idee mitnehmen und sich mit der BGZ abstimmen.

Frau von Oppen führt an, dass sie einen Entwurf verfasst habe, in welchem auf niedersächsischer Ebene ein Begleitgremium gefordert werde. Diesen habe sie in die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen gegeben. Er sei nicht berücksichtigt worden. Sie bittet die anwesenden Vertreter der SPD darum, dies nochmals anzusprechen.

Kenntnis genommen

4. Endlagersuche

4.1. "Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit" - wo steht die Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche?

Vorsitzender KTA Donat fragt in die Runde, wer den aktuellen Stand der Endlagersuche verfolge und stellt fest, dass der Ausschuss relativ gut repräsentiert ist. Er stellt in Frage, ob die Informationen und das Verfahren bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen würden. Bei dem derzeitigen Stand der Endlagersuche sei man an einem Punkt, an dem eine Bürgerbeteiligung nicht mehr vorgesehen sei.

Frau von Oppen erklärt, dass die seismischen Untersuchungen und Bohrungen viel Zeit in Anspruch nehmen. Hinzu kommt, dass zahlreiche Genehmigungen benötigt werden. Es gäbe den Anspruch, wissenschaftlich saubere Belege zu erbringen. Die Festlegung der Standortregionen werde aufgrund der Komplexität des Themas mehr Zeit als geplant in Anspruch nehmen. Aufgrund der Mitteilung der BGE, dass die Endlagersuche länger dauern werde als bisher angenommen, gäbe es Kritik von der BASE.

Frau Allgayer-Reetze gibt an, dass eine Verzögerung aus juristischen Gründen, bspw. durch Betretungsverbote (der Grundstückseigentümer) nicht nachvollziehbar ist. Sie fragt, ob es auf Bundesebene geplant sei hier für Erleichterungen zu sorgen.

Frau von Oppen erwidert, dass dies bei den Gesetzen bedacht wurde, es jedoch trotzdem zu Verzögerungen aus rechtlichen Gründen komme.

Vorsitzender KTA Donat sagt, dass der Atom Müll für eine Million Jahre gelagert werden solle. Ein ganz schneller Handlungszwang ergäbe sich daher nur bedingt. Es sei zu bedenken, dass Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat sei und ebenso gehandelt werden müsse.

Wolfgang Ehmke merkt an, dass die Endlagersuche derzeit so lange dauert, weil es schwierig sei, von den über 90 Teilgebieten 10 mögliche Standorte auszuwählen. Die Einbeziehung echter Geo-Daten sei jetzt erst in Gange. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist von vier Tongebieten betroffen, weshalb hingesehen werden müsse. Für das Tongebiet 04 habe das niedersächsische Begleitgremium die Leibniz Universität in Hannover beauftragt ein Gutachten zu erstellen. Er schlägt vor, die Wissenschaftler, die das Gutachten erstellt haben, einzuladen.

Kenntnis genommen

4.2. Aktuelles Gutachten der Institute für Geologie und für Geotechnik der Leibniz Universität Hannover (LUH) zur Eignung von Tonen und Tonsteinen im Rahmen des Standortauswahlverfahrens zur Endlagerung radioaktiver Abfälle im Auftrag des Niedersächsische

Vorsitzender KTA Donat stellt das Gutachten zu den Tongebieten der Leibniz Universität vor. (<https://www.begleitforum-endlagersuche.de/dokumente/abschlussbericht-eignung-palaogener-tone-und-tonsteine-im-rahmen-des-standortauswahlverfahrens-zur-endlagerung-radioaktiver-abfalle>)

Er schlägt vor, dass Vertreter der Universität diesen Bericht im Fachausschuss vorstellen. Die Erstattung, der

dadurch anfallenden Kosten, sei im Kreisausschuss zu beantragen. Herr Pick aus dem niedersächsischen Umweltministerium hatte ihm mitgeteilt, dass es ein Budget für die Begleitung der Endlagersuche gäbe. Die Mittel seien vor Maßnahmenbeginn, ab einer Höhe von mindestens 2.500,00 € zu beantragen. Es sei darüber nachzudenken, ob die Vorstellung des Berichts mit diesen Mitteln gezahlt werden könne. Diese seien dann gegebenenfalls zu beantragen.

KTA Hensel weist darauf hin, solch eine Veranstaltung als hybriden Termin zu gestalten.

LR Frau Schulz regt an, die genaue Gestaltung der Veranstaltung gesondert zu besprechen und zu planen.

KTA Schwidder bittet darum, solch eine Veranstaltung am Nachmittag zu planen.

Kenntnis genommen

4.3. Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland (TRANSENS), Bericht von Frau von Oppen

Frau von Oppen gibt an, an einer Sitzung teilgenommen zu haben, in der es darum ging, ob Behälter nicht heißer als 100° sein dürften. Je wärmer die Behälter sind, die eingelagert werden müssen, desto besser würde sich Salz eignen, da Salz Wärme am besten leite.

Herr Auer gibt zu bedenken, dass das Inventar, wenn es irgendwann zur Endlagerung komme, viel weiter abgekühlt sei als jetzt.

Frau von Oppen entgegnet, dass sich die letzten einzulagernden Behälter nach dem Abschalten der letzten AKW's nicht in dem hohen Maße abgekühlt haben würden, wie diese Behälter, die jetzt in den Zwischenlagern stehen.

Kenntnis genommen

5. Pilot-Konditionierungsanlage PKA Gorleben endlich rückbauen! Ankündigung des rot-grünen Koalitionsvertrages in Niedersachsen

s. Anhang

LR Frau Schulz merkt an, dass die Formulierungen im Koalitionsvertrag zu diesem Thema ungenau seien.

Vorsitzender KTA Donat unterbreitet einen Textvorschlag als Stellungnahme auf den Koalitionsvertrag.

Es wird angemerkt, dass dieser Textvorschlag nicht schon vor der Sitzung an die Ausschussmitglieder ausgegeben wurde.

KTA Schwidder schlägt vor, dies als behandelt zu betrachten und es in den Kreistag zu geben. Sodass von dort ein Appell an das Land gerichtet werde.

Herr Maury merkt an, dass die bereits vom Kreistag beschlossene Nachnutzung seit dem Beschluss nicht weiter thematisiert worden sei.

LR Frau Schulz erklärt, dass die Nachnutzung direkt am Standort Gorleben auf 10 Jahre, aufgrund geltendem Bergrecht, nicht möglich sei.

Der Textvorschlag wird als behandelt erklärt und soll in die Fraktionen gegeben werden.

Kenntnis genommen

6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Keine Beiträge

Der **Vorsitzende KTA Donat** bedankt sich bei den Teilnehmern und schließt die Sitzung um 17:15 Uhr.

gez. Donat

gez. Hamann

Vorsitzender

Protokollführung